



**Geschäftsführung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung
und Rechtsfragen / Vergabe /
Internationales**

Frau Simons

Telefon: (0221) 221-25087

Fax: (0221) 221-26565

E-Mail: corinna.simons@stadt-koeln.de

Datum: 18.11.2011

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 10.11.2011, 15:00 Uhr bis Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Winrich Granitzka CDU

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Monika Möller	SPD	
Herr Michael Neubert	SPD	
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	
Frau Gisela Manderla	CDU	
Herr Werner Marx	CDU	
Frau Brigitta Bülow von	GRÜNE	ab 15:40 Uhr
Herr Andreas Wolter	GRÜNE	
Herr Volker Görzel	FDP	
Herr Frank Maul	PRO KÖLN	
Herr Manfred Richter	GRÜNE	i.V. für Herrn Dr. Welpmann

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Helmut Jung	CDU	i. V. für Herrn Dr. Elster
Herr Axel Kaske	SPD	i. V. für Frau Frebel

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Jörg Detjen	DIE LINKE.	ab 15:15 Uhr
------------------	------------	--------------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Dr. Heinz Dieter Klein	auf Vorschlag der SPD
Frau Iris Koppmann	auf Vorschlag der SPD
Herr Ralf Klemm	GRÜNE
Herr Michael Kühle	FDP-Fraktion (auf Vorschlag der Grünen)
Herr Rüdiger Dröger	FDP
Herr Dr. Manfred Hoffmann	auf Vorschlag der LINKEN
Herr Rudolf Schaefers	PRO KÖLN

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Markus Danuser	KLuST e.V.
Frau Adelheid Langes	Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft

Verwaltung

Herr Werner Adams	ab 15:35 Uhr
Herr Ingo Fleischer	
Frau Ursula Herx	
Frau Susanne Hohenforst	i. V. für Herrn Petry
Herr Stadtdirektor Guido Kahlen	
Herr Robert Kilp	
Herr Hans-Joachim Mohr	
Herr Frieder Wolf	bis 15:30 Uhr

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Christine Kronenberg

GPR

Herr Friedel Giesen-Weirich

Schriftführerin

Frau Corinna Simons

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Polina Frebel	SPD	entschuldigt
Herr Dr. Ralph Elster	CDU	entschuldigt
Herr Dr. Matthias Welpmann	GRÜNE	entschuldigt

Die Verwaltung schlägt zur Aufnahme in bzw. Absetzung

von der Tagesordnung folgendes vor:

0 Verpflichtung eines sachkundigen Einwohners

- 3.1.1 Einsatz externer Beschäftigter (externe Beauftragung von Planungsleistungen, Gutachten, Befragungen usw.)
Ergänzende Mitteilung zu TOP 3.1
4371/2011
>> Tischvorlage
- 3.3 Beantwortung einer Anfrage von der Fraktion Die Linke. Köln vom 14.09.2011
AN/1655/2011
- 3.4 Beantwortung einer Anfrage von Frau Manderla am 04.07.2011
1. Christopher Street Day (CSD) 2011 2. "Mehr Spaß ohne Glas" am 11.11.2011
4352/2011
- 3.5 Beantwortung der mündlichen Anfragen zum statistischen Jahresbericht der Ausländerbehörde - 2010
4276/2011
- 4.7 Weihnachtsmarkt Roncalliplatz
4333/2011
- 6.1.1 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V. vom 12.10.2011
Betreuung jugendlicher Intensivtäter
4369/2011
- 6.1.2 Ergänzende Mitteilung zur Beantwortung einer Anfrage von Pro Köln
4476/2011
>> Tischvorlage
- 6.2 Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.11.2011
Aufgabenabbau und Standardreduzierung in der Stadtverwaltung
>> Tischvorlage
- 6.3 Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.11.2011
Durchführung von Gewerbeuntersagungsverfahren
>> Tischvorlage
- 6.4 Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.11.2011
Wiederbesetzung von Stellen in den Bezirksausländerämtern
>> Tischvorlage

- 8.1.1 Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion vom 14.09.2011
Krankheitsbedingte Ausfallquote
AN/1652/2011
- 10.0 Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln
hier: 4. Satzung zur Änderung der Zuständigkeitsordnung
1017/2011
>> nachträgliche Anlage als Tischvorlage
- 10.10 Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Dionysoshof / Baptistarium
Stellenbedarf beim Amt für Brücken und Stadtbahnbau
4156/2011
- 10.11 Satzung zur Erhebung von Kostenerstattungsbeträgen nach §§ 135 a - 135 c BauGB
3000/2011
- 10.12 Einführung medienübergreifender Umweltinspektionen für Industrie- und Gewerbebetriebe
2920/2011
- 10.13 Fortschreibung Luftreinhalteplan Köln
4348/2011
- 10.14 Verlängerung der Abordnung eines städtischen Mitarbeiters ohne Kostenerstattung an den Verein Region Köln/Bonn e.V.
4365/2011
- 10.15 Umsetzung des Tarifvertrages für die Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes
3647/2011

II. Nichtöffentlicher Teil

16.5 zurückgezogen

- 16.6 Zusammenführung bestehender öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen zwischen dem Call-Center der Stadt Köln und der Bundesstadt Bonn
1616/2011
- 16.7 Personalie, stellvertretender Leiter des Arbeitsmedizinischen Dienstes (5800)
4248/20

Frau Manderla beantragt vor Eintritt in die Tagesordnung die Punkte 10.12 und 10.13 in dieser Sitzung nicht zu behandeln, sondern die Beratung zu vertagen und die Vorlagen in der nächsten Sitzung des AVR im Dezember erneut auf die Tagesordnung zu nehmen. Die Fraktionen SPD und Grüne stimmen diesem Vorschlag zu und Herr Wolter beklagt in diesem Zusammenhang noch einmal deutlich die ständige Verfristung von Beschlussvorlagen. Zum TOP 10.13 „Luftreinhalteplan“ bittet Herr Stadtdirektor

Kahlen die Beschlussfassung nicht zu vertagen, weil Eile geboten sei und der Rat am 24.11.11 erreicht werden müsse. Die Fraktionen CDU, SPD und Grüne können sich darauf verständigen die Vorlage 4348/2011 unter TOP 10.13 ohne Votum in den Rat zu verweisen. In diesem Zusammenhang fordert der Vorsitzende die Verwaltung auf, Beschlussvorlagen so pünktlich zu erstellen und schlusszuzeichnen, dass die Fristen auch für die vorberatenden Gremien eingehalten werden können und eine Vorberatung auch tatsächlich möglich ist!

Auf Vorschlag von Herrn Neubert wird der TOP 9.2 erneut vertagt und der TOP 10.5 aufgrund bestehenden Beratungsbedarfs in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

Herr Wolter meldet für den TOP 10.2 Beratungsbedarf für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an. Die Vorlage sei zwar fristgemäß erschienen, habe aber aufgrund der Herbstferien nicht beraten werden können. Er schlägt vor, die Beschlussfassung zu vertagen.

Der Ausschuss stimmte diesem Vorschlag zu.

Der Ausschuss ist mit der nachfolgenden Tagesordnung einverstanden:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

0 Verpflichtung eines sachkundigen Einwohners

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1.1 Zwangsheirat und häusliche Gewalt

1.2 Angst trifft Mut

2 Internationales

2.1 Nahost-Bürgermeisterkonferenz

2.2 Chinajahr 2012

2.3 Städtepartnerschaft Köln- Rio de Janeiro

2.4 Städtepartnerschaft Köln-Tunis

2.5 Leitprogramm "europafähige Kommunen"

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

3.1 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Marx aus der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 12.07.2011 und Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der CDU-Fraktion vom 07.07.2011
Einsatz externer Beschäftigter
3165/2011

3.1.1 Einsatz externer Beschäftigter (externe Beauftragung von Planungsleistungen, Gutachten, Befragungen usw.)
Ergänzende Mitteilung zu TOP 3.1
4371/2011

3.2 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Helling in der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren am 12.07.2011 Neue Sperrbezirksverordnungen im Kölner Süden ab dem 01.05.2011, Bericht für Mai 2011
3778/2011

3.3 Beantwortung einer Anfrage von der Fraktion Die Linke. Köln vom 14.09.2011
AN/1655/2011

- 3.4 Beantwortung einer Anfrage von Frau Manderla am 04.07.2011
1. Christopher Street Day (CSD) 2011 2. "Mehr Spaß ohne Glas" am
11.11.2011
4352/2011
- 3.5 Beantwortung der mündlichen Anfragen zum statistischen Jahresbericht der
Ausländerbehörde - 2010
4276/2011
- 4 Mitteilungen der Verwaltung**
- 4.1 Taubenvergrämung
3872/2011
- 4.2 Stellungnahme des Integrationsrates zur interkulturellen Öffnung der Stadt-
verwaltung
4033/2011
- 4.3 Darstellung von Google Maps
4075/2011
- 4.4 Positivliste für Mobiliar und Spielsachen in Kindertageseinrichtungen und
Schulen
3847/2011
- 4.5 Aktion gegen unerlaubt aufgestellte Altkleidercontainer im öffentlichen Stra-
ßenland
3437/2011
- 4.6 Aktuelle Informationen zum Bleiberecht - September 2011
4275/2011
- 4.7 Weihnachtsmarkt Roncalliplatz
4333/2011
- 4.8 Sachstandsbericht zur Kommunalisierung der Versorgungsverwaltung
4244/2011
- 4.9 Sachstand "Brüsseler Platz"
3996/2011
- 5 Allgemeine Verwaltungsorganisation**
- 5.1 Personalbestand der Stadtverwaltung zum 30.06.2011
3099/2011

5.2 Voraussichtliche Ausbildungsquote 2011
3497/2011

6 Schriftliche Anfragen

6.1 Anfrage der Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V. vom 12.10.2011
Betreuung jugendlicher Intensivtäter
AN/1836/2011

6.1.1 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V.
vom 12.10.2011
Betreuung jugendlicher Intensivtäter
4369/2011

6.1.2 Ergänzende Mitteilung zur Beantwortung einer Anfrage von Pro Köln (
4369/2011)
4476/2011

6.2 Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.11.2011
Aufgabenabbau und Standardreduzierung in der Stadtverwaltung
AN/2002/2011

6.3 Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.11.2011 Durchführung von Gewerbeunter-
sagungsverfahren
AN/2001/2011

6.4 Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.11.2011
Wiederbesetzung von Stellen in den Bezirksausländerämtern
AN/2000/2011

7 Mündliche Anfragen

7.1 Kein Nikolausmarkt auf dem Schillplatz

7.2 Post

8 Anträge

Gesundheit der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - Prävention vor
Reaktion!
4308/2011

8.1. Gesundheit der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - Prävention vor
Reaktion!
AN/1772/2011

Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen
Gesundheit der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
AN/2021/2011

Änderungsantrag der FDP-Fraktion "Gesundheit der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - Prävention vor Reaktion" (AN/1772/2011)
AN/1850 /2011

8.1.1 Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion vom 14.09.2011
Krankheitsbedingte Ausfallquote
AN/1652/2011

9 Platzvergaben

9.1 1. ordnungsbehördliche Verordnung für das Offenhalten von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen
4049/2011

9.2 Rheinuferpromenade zwischen Deutzer Brücke und Schokoladenmuseum hier: Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt vom 12.05.2011 auf Zulassung der Veranstaltung "Büchermeile" in diesem Bereich
2998/2011

9.3 Genehmigung zur Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 1. HJ 2012
3388/2011

10 Allgemeine Vorlagen

0 Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln
hier: 4. Satzung zur Änderung der Zuständigkeitsordnung

10.1 Änderung der Zuständigkeitsordnung in Bezug auf den Friedhof Melaten
2703/2011

10.2 4. Gleichstellungsplan für Frauen und Männer 2011 - 2014
4107/2011

10.3 Fortführung des museumspädagogischen Sonderprojekts "Wallraf - Der Museumsbus"
3997/2011

10.4 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben - Abwassergebührensatzung
3952/2011

- 10.5 Klimaschutzkonzept Köln - vorgezogenes Sofortmaßnahmenprogramm 2012
3272/2011
- 10.6 Hochwasserschutzzonenverordnung Langel - Zündorf
1949/2011
- 10.7 Hochwasserschutzzonenverordnung Westhoven
1963/2011
- 10.8 Hochwasserschutzzonenverordnung Merkenich - Langel
2253/2011
- 10.9 Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln
hier: 4. Satzung zur Änderung der Zuständigkeitsordnung
siehe TOP 10.0
1017/2011
- 10.10 Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Dionysoshof / Baptistarium
Stellenbedarf beim Amt für Brücken und Stadtbahnbau
4156/2011
- 10.11 Satzung zur Erhebung von Kostenerstattungsbeträgen nach §§ 135 a - 135 c
BauGB
3000/2011
- 10.12 Einführung medienübergreifender Umweltinspektionen für Industrie- und Gewerbebetriebe
2920/2011
- 10.13 Fortschreibung Luftreinhalteplan Köln
4348/2011
- 10.14 Verlängerung der Abordnung eines städtischen Mitarbeiters ohne Kostenerstattung an den Verein Region Köln/Bonn e.V.
4365/2011
- 10.15 Umsetzung des Tarifvertrages für die Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes
3647/2011

I. Öffentlicher Teil

0 Verpflichtung eines sachkundigen Einwohners

Der Vorsitzende verpflichtet Herrn Rüdiger Dröger (auf Vorschlag der FDP-Fraktion) als sachkundigen Einwohner für den Ausschusses für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, Vergabe und Internationales.

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1.1 Zwangsheirat und häusliche Gewalt

Frau Kronenberg berichtet im Zusammenhang mit einem großen Artikel in den Kölner Printmedien, dass neben den vielfältigen Angeboten für Opfer von häuslicher Gewalt es auch spezielle Beratungsangebote für Frauen gäbe, die von Zwangsheirat bedroht oder betroffen seien.

Auf Nachfrage von Frau Manderla erläutert Frau Kronenberg, dass die Online-Beratung des Mädchenhauses Bielefeld stark nachgefragt werde und Betroffene durch ein gut ausgebildetes Netzwerk aufgefangen werden.

Beschluss:

1.2 Angst trifft Mut

Frau Kronenberg berichtet über die Eröffnung einer Ausstellung zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen am 29.11.2011 mit dem Titel „Angst trifft Mut“. Vom 30.11.2011 bis zum 09.12.2011 wird im Studio Dumont in der Breite Straße die künstlerische Installation von 12 Schaufensterpuppen stellvertretend für 12 Frauen und ihr Leben mit Gewalt ausgestellt. Als Schirmfrau konnte die Intendantin des Schauspiels Köln, Frau Karin Beier gewonnen werden. Den Titelsong „Kein Angs – Nur Moot!“ hat der Kölner Künstler Björn Heuser geschrieben.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

2 Internationales

2.1 Nahost-Bürgermeisterkonferenz

Herr Wolf berichtet über den aktuellen Planungsstand der Nahost-Bürgermeisterkonferenz vom 29.11. bis 01.12.2011. Angekündigt sei der Besuch von Herrn Victor Batarseh, Bürgermeister der Stadt Betlehem und Frau Yael Dayan, Ratsvorsitzende der Stadt Tel Aviv. Der Empfang des Herrn Oberbürgermeister Roters werde voraussichtlich am 30.11.2011 um 17:30 Uhr mit Frau Ministerpräsidentin Hannelore Kraft im Hansasaal stattfinden.

Herr Granitzka bedauert außerordentlich die Terminierung des Empfanges, weil parallel die Fraktionssitzungen stattfänden und aus diesem Grunde er selbst, als Vorsitzender des Fachausschusses für Internationales oder andere Ratsmitglieder, leider nicht teilnehmen könnten.

Herr Wolf bittet um Nachsicht, die Terminfindung sei äußerst schwierig gewesen.

2.2 Chinajahr 2012

Herr Wolf berichtet, erstmalig nach 10 Jahren habe in der letzten Woche ein hochrangiger Gast aus der chinesischen Partnerstadt Peking die Stadt Köln besucht. Am 3. November 2011 sei Ji Lin, Vize-Bürgermeister von Peking, mit einer Delegation zu Besuch im Senatssaal des Historischen Rathauses empfangen worden.

Herr Wolf wertet diesen Besuch im Hinblick auf das Chinajahr 2012 als deutliches Zeichen dafür, dass sich Peking aktiv am 25-jährigen Jubiläum der Städtepartnerschaft Köln-Peking beteiligen wird.

2.3 Städtepartnerschaft Köln- Rio de Janeiro

Herr Wolf berichtet, der Besuch in Kölns jüngster Partnerstadt Rio de Janeiro zur Unterzeichnung des Städtepartnerschaftsvertrages und zur Präsentation Kölns im Rahmen der Deutsch-Brasilianischen Wirtschaftstage war ein voller Erfolg. Ein Gegenbesuch sei in Vorbereitung.

2.4 Städtepartnerschaft Köln-Tunis

Herr Wolf informiert über eine aktuelle Maßnahme zur Umsetzung des Ratsbeschlusses zur Stärkung des Demokratieaufbaus in Kölns Partnerstadt Tunis. Am 7. und 8. November tagte im Rathaus erstmalig das Netzwerk „Deutsche Kommunen mit Partnerschaften in Nordafrika“. Die Konferenz wurde von der Servicestelle „Kommunen in der Einen Welt“ in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag und der Stadt Köln durchgeführt.

Die Gründungsveranstaltung des Netzwerks fand in Kooperation mit der deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit und ihrem Projekt „CoMun“ zur Stärkung kommunaler Strukturen im Maghreb statt.

Am ersten Tag der Konferenz begrüßte Bürgermeister Manfred Wolf, in Vertretung von Oberbürgermeister Jürgen Roters, neben weiteren Teilnehmerinnen und Teilnehmern ganz besonders den Oberbürgermeister der Stadt Tunis, Seifallah Lasram, im Lichthof des Spanischen Baus.

2.5 Leitprogramm "europafähige Kommunen"

Herr Wolf informiert, im Zusammenhang mit dem Leitprogramm „europafähige Kommunen“ des Landes NRW habe die Staatskanzlei des Landes NRW die Stadt Köln aktiv involviert

Die Europaarbeit der Stadt Köln habe trotz der selbst kritisierten Defizite innerhalb des Landes einen Modellcharakter.

Herr Wolf hofft in diesem Zusammenhang auf Unterstützung durch das Land.

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

3.1 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Marx aus der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 12.07.2011 und Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der CDU-Fraktion vom 07.07.2011

**Einsatz externer Beschäftigter
3165/2011**

3.1.1 Einsatz externer Beschäftigter (externe Beauftragung von Planungsleistungen, Gutachten, Befragungen usw.)

**Ergänzende Mitteilung zu TOP 3.1
4371/2011**

Die Mitteilungen wurden zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Marx bemängelt, dass die Verwaltung seines Erachtens den Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses vom 12.07.2011 nicht ausreichend umgesetzt habe. So teile die Verwaltung zwar die Einschätzung des Rechnungsprüfungsausschusses, wonach der Einsatz von eigenem Personal wirtschaftlicher sei, doch sei sie noch nicht ausreichend tätig geworden. Angesichts des Zeitraumes seit Beginn der Behandlung der Thematik im Jahre 2007 seien erst viel zu wenige Maßnahmen umgesetzt worden.

Den Verzicht auf eine Analyse der Zahlen aus den Vorjahren und die unterbliebene Vorlage eines Zeit- /Maßnahmenplanes für die organisatorische Betrachtung, kritisiert Herr Marx mit Hinweis auf die Bedeutung der geforderten organisatorischen Betrachtung, insbesondere im Hinblick auf die immanenten Einsparmöglichkeiten im Sachkostenbereich.

Herr Marx fordert die Verwaltung vor diesem Hintergrund zu einer Nachbearbeitung im Sinne des Dringlichkeitsantrages und zu einer neuen Mitteilung auf.

3.2 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Helling in der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren am 12.07.2011 Neue Sperrbezirksverordnungen im Kölner Süden ab dem 01.05.2011, Bericht für Mai 2011

3778/2011

Die Beantwortung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

3.3 Beantwortung einer Anfrage von der Fraktion Die Linke. Köln vom 14.09.2011

AN/1655/2011

3.4 Beantwortung einer Anfrage von Frau Manderla am 04.07.2011

1. Christopher Street Day (CSD) 2011 2. "Mehr Spaß ohne Glas" am 11.11.2011

4352/2011

**3.5 Beantwortung der mündlichen Anfragen zum statistischen Jahresbericht der Ausländerbehörde - 2010
4276/2011**

4 Mitteilungen der Verwaltung

**4.1 Taubenvergrämung
3872/2011**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Wolter weist darauf hin, dass mit der Behandlung im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden 2009 die Verwaltung aufgefordert war, dem AVR eine Beschlussvorlage vorzulegen.

Herr Stadtdirektor Kahlen bittet um Beachtung der in der Mitteilung dargestellten Schwierigkeiten, insbesondere die erheblichen Schwierigkeiten in den Bahnunterführungen. Er bezweifelt, dass es der Verwaltung gelinge, zum kommenden Haushalt verschiedene Alternativen und deren finanzielle Auswirkungen darzustellen.

Herr Wolter hält daran fest, dass die Verwaltung dem Ausschuss einen Beschlussvorschlag mit verschiedenen Maßnahmen und deren Kosten sowie Alternativen anzubieten habe, damit der Ausschuss abschließend darüber entscheiden könne.

Herr Kahlen sagt zu, Frau Dezernentin Reker auf den Wunsch des Ausschusses anzusprechen.

**4.2 Stellungnahme des Integrationsrates zur interkulturellen Öffnung der Stadtverwaltung
4033/2011**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**4.3 Darstellung von Google Maps
4075/2011**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**4.4 Positivliste für Mobiliar und Spielsachen in Kindertageseinrichtungen und Schulen
3847/2011**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**4.5 Aktion gegen unerlaubt aufgestellte Altkleidercontainer im öffentlichen Straßenland
3437/2011**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**4.6 Aktuelle Informationen zum Bleiberecht - September 2011
4275/2011**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**4.7 Weihnachtsmarkt Roncalliplatz
4333/2011**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau Manderla bemerkt, das überarbeitete Konzept des Veranstalters des Weihnachtsmarktes, beinhaltet gute Änderungen bzw. Ergänzungen. Sie hoffe, dass bei der Durchführung die Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen gelinge und dass der Weihnachtsmarkt auf dem Roncalliplatz wieder zum schönsten Weihnachtsmarkt Europas werde.

Beschluss:

**4.8 Sachstandsbericht zur Kommunalisierung der Versorgungsverwaltung
4244/2011**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**4.9 Sachstand "Brüsseler Platz"
3996/2011**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Neubert bedauert, dass die Anwohner, deren Beschwerde aus dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden der Verwaltung vorliege, zur Sitzung heute nicht anwesend sind. Er lobt die Erfolge der freundlichen Ansprache und unterstützt das Vorhaben der Verwaltung, diese Maßnahme im kommenden Jahr weiter zu führen. Darüber hinaus ermuntert er die Verwaltung auch weiterhin an die Kioskbetreiber heranzutreten und notfalls mit Ordnungsverfügungen den Nachtverkauf von Alkohol zu unterbinden. Die sei zumindest solange notwendig, bis zum Beispiel eine Änderung des Ladenöffnungsgesetzes erfolgt sei. Abschließend bittet Herr Neubert die Verwaltung die Winterpause dahingehend zu nutzen, an die Betreiber von Kiosken mit Außengastronomie heranzutreten und Überzeugungsarbeit zu leisten, dass in diesem Falle die Ausnahmeregelung falsch verstanden worden sei.

Frau Manderla lobt die außerordentliche Leistung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungs- und Verkehrsdienstes, die zu den ungewöhnlichsten Arbeitszeiten die Maßnahme der „freundlichen Ansprache“ bis in die frühen Morgenstunden und an den Wochenenden umgesetzt haben. Sie bittet Herrn Stadtdirektor Kahlen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern diese Lob zu übermitteln.

Herr Wolter schließt sich dieser lobenden Bemerkung an und äußert die Hoffnung, dass mit Änderung des Ladenöffnungsgesetzes möglicherweise kommunale Ausnahmeregelungen umgesetzt werden können.

Herr Kahlen bedankt sich für die Anerkennung des Ausschusses für die Arbeit des Ordnungs- und Verkehrsdienstes. Er räumt ein, ohne das hohe Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, deren Bereitschaft zu ungewöhnlichen Arbeitszeiten sowie deren Fähigkeit in angespannter Atmosphäre zu vermitteln und gelungene Zielansprache zu leisten, wäre eine Umsetzung der Maßnahme nicht möglich gewesen.

Herr Kahlen geht davon aus, dass die Auswertung der Einsätze einen Kausalzusammenhang zwischen fehlendem Alkoholnachschub und früherem Verlassen des Brüsseler Platzes beweise.

Möglicherweise könne das Ladenöffnungsgesetz durch eine kommunale Ermächtigungsgrundlage zu einer strukturellen Lösung führen, wenn eine Schließung der Kioske ab 00:00 Uhr nicht mehr nur an Sonn- und Feiertagen sondern auch in der Woche möglich werde. Er bittet die Ausschussmitglieder diesen Standpunkt über ihre politische Arbeit auf der Seite des Gesetzgebers zu platzieren.

Abschließend erläutert Herr Kahlen auf Rückfrage von Herrn Granitzka, von einer Bewegung via Facebook die gegen die Anti-Lärm-Maßnahmen auf dem Brüsseler Platz mobilisiere, sei ihm nichts bekannt. Aufgrund der Beliebtheit und der Schönheit des Platzes müsse die Verwaltung allerdings auf solche Bewegungen vorbereitet sein.

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

5.1 Personalbestand der Stadtverwaltung zum 30.06.2011 3099/2011

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf die Rückfrage von Herrn Detjen erläutert Herr Hoven, die hohe Anzahl von Personalabgängen im Amt für Kinder, Jugend und Familie resultiere aus dem ungleichen Verhältnis zwischen Männern und Frauen in diesem Bereich. Frauen beanspruchen hier in einem höheren Maße die Möglichkeit einer Beurlaubung zur Kindererziehung als Männer.

Auf Rückfrage von Frau Manderla erläutert Herr Kahlen, Veränderungen im Personalbestand der Stadtverwaltung seien nicht durch einen Personalabbau zu begründen.

5.2 Voraussichtliche Ausbildungsquote 2011 3497/2011

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Rückfrage von Frau Manderla erläutert Herr Kahlen derzeit stelle die Stadt Köln ca. 52% des gesamten Personalbestandes des Jobcenters. Im interkommunalen Vergleich liege die Quote dagegen bei 39%. Diese Quote werde auch für die Stadt Köln angestrebt. Die Option eines Personaleinsatzes im Jobcenter zum dortigen Fluktuationsausgleich für städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und / oder eines Einsatz-

zes von Ausbildungskräften nach erfolgreich bestandener Prüfung würde sich entsprechend verringern.

Auf weitere Nachfrage von Frau Mandela führt Herr Detjen aus, die Stadt Köln bilde über Bedarf aus. Auch wenn die Frage einer Übernahme schwierig zu beantworten sei, müsse die Verwaltung an dieser Strategie festhalten, damit die Jugend ausgebildet werde.

Herr Neubert appelliert an die Verwaltung, obwohl die Gründe für eine Nichterreichung des Ziels einer sechsprozentigen Ausbildungsquote in 2011 nachvollziehbar seien, die anvisierte Quote für 2012 und insbesondere für 2013 wieder zu ermöglichen.

Herr Detjen betont, er gehe davon aus dass die Verwaltung in Zukunft wieder in der Lage sein werde die 6%-Quote zu erreichen und darüber hinaus Lösungen erarbeite, mit dem Ziele diese Quote sogar noch zu erhöhen.

6 Schriftliche Anfragen

6.1 Anfrage der Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V. vom 12.10.2011 Betreuung jugendlicher Intensivtäter AN/1836/2011

6.1.1 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V. vom 12.10.2011 Betreuung jugendlicher Intensivtäter 4369/2011

6.1.2 Ergänzende Mitteilung zur Beantwortung einer Anfrage von Pro Köln (4369/2011) 4476/2011

Die Mitteilungen wurden zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Nachfrage von Herrn Maul verweist Herr Kahlen auf die dem Ausschuss vorliegende Tischvorlage, die die vermeintlich offenen Fragen beantworte.

6.2 Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.11.2011 Aufgabenabbau und Standardreduzierung in der Stadtverwaltung AN/2002/2011

6.3 Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.11.2011 Durchführung von Gewerbe- untersagungsverfahren AN/2001/2011

**6.4 Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.11.2011
Wiederbesetzung von Stellen in den Bezirksausländerämtern
AN/2000/2011**

7 Mündliche Anfragen

7.1 Kein Nikolausmarkt auf dem Schillplatz

Auf Rückfrage von Frau Manderla erläutert Herr Kilp, die Verwaltung sei über den Artikel im Stadtanzeiger vom 30.10.11 „Verein muss Nikolausmarkt absagen“ überrascht gewesen, denn der Verwaltung habe weder ein Antrag vorgelegen noch habe sie Gespräche mit den Veranstaltern geführt.

Herr Kilp führt aus, die Aufklärung der Angelegenheit habe ergeben, dass ein Teilnehmer einer Lehrveranstaltung zum Thema „Sicherheitsanforderungen für öffentliche Veranstaltungen“, die Inhalte und Hinweise an die Veranstalter des Nikolausmarktes, möglicherweise auch fehlerhaft, weitergegeben habe. Die, auch vom Innenminister initiierten, erhöhten Anforderungen an die Sicherheit der Besucher, habe den Bürgerverein „Für Nippes e. V.“ bewogen, den für das erste Dezember-Wochenende geplanten Markt abzusagen. Inzwischen habe zwischen dem Ordnungsamt und dem Bürgerverein ein konstruktives Gespräch stattgefunden und die Verwaltung habe jegliche Unterstützung für das nächste Jahr zugesagt. Der Nikolausmarkt in Nippes werde voraussichtlich im Jahr 2012 zum 8. Mal stattfinden.

Abschließend sagt Herr Kilp, grundsätzlich dürfe das bürgerschaftliche Engagement auch im Zusammenhang mit Stadtteilstesten, nicht erschüttert werden.

7.2 Post

8 Anträge

**Gesundheit der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - Prävention vor Reaktion!
4308/2011**

Beschluss:

Der Beschlusstext wird wie folgt ersetzt:

1. Der Rat der Stadt Köln erkennt die hohe Bedeutung der Gesundheit der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das Funktionieren der kommunalen Selbstverwaltung und erklärt seine ausdrückliche Unterstützung für nachhaltige und effektive Investitionen in diesen Bereich (z.B. für Arbeitsmittel, Arbeitsplatzgestaltung und -ausstattung; Schaffung eines adressatenorientierten Angebotes zur Gesundheitsprävention...).
2. Die Verwaltung wird gebeten, bis 31.03.2012 ein externes Fachunternehmen mit einer organisationsbezogenen anonymen Mitarbeiterbefragung zu beauftragen, um konkrete Problemschwerpunkte zu erkennen und auf dieser Basis zielgerichtet Verbesserungen

schaffen zu können. Die Ergebnisse sind dem Fachausschuss von dem Unternehmen vorzustellen und sollen in das Maßnahmenprogramm einfließen.

3. Die Verwaltung wird aufgefordert, bis 31.05.2012 ein wirkungsvolles Maßnahmenprogramm zur Steigerung der Beschäftigtengesundheit zu entwickeln und unter Berücksichtigung der Ergebnisse und Vorschläge des Fachunternehmens dem AVR in der Sitzung im Juni 2012 vorzuschlagen. Der Rat geht davon aus, dass diese Investitionen nicht nur für die Beschäftigten, sondern auch für das Unternehmen Stadt Köln und die Kölner Bürgerinnen und Bürger mehrfach lohnen.
4. Neben der Einbindung der Ergebnisse des Fachunternehmens wird die Verwaltung gebeten, im Rahmen der Erarbeitung des Maßnahmenprogramms die Erfahrungen anderer großstädtischer öffentlicher Arbeitgeber, u.a. auch die des Landschaftsverbands Rheinland sowie des Stadtwerke Konzerns Köln zu berücksichtigen und sich über Handlungsmöglichkeiten miteinander auszutauschen, diese zu bewerten und eine Vergleichbarkeit in der kommunalen Familie zu ermöglichen.
5. Der Rat der Stadt Köln teilt die Auffassung der Verwaltung, dass ein Zusammenhang zwischen dem aktuellen Krankenstand und möglichen Arbeitsüberlastungen infolge zunehmender Arbeitsverdichtung und Einsparmaßnahmen im Personalbereich wahrscheinlich ist. Aus Sicht des Rates kann deshalb ein weiterer Stellenabbau nur einhergehen mit einem gleichzeitigen Aufgabenabbau oder Standardreduzierungen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Anmerkung: Herr Maul war bei der Abstimmung nicht anwesend.

8.1 Gesundheit der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - Prävention vor Reaktion!

AN/1772/2011

Herr Granitzka fasst die Ergebnisse der Diskussion zusammen und schlägt vor den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen mündlich als gemeinsamen Antrag der vier großen Fraktionen zu beschließen.

mündlich geänderter Beschluss:

6. Der Ausschuss erkennt die hohe Bedeutung der Gesundheit der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das Funktionieren der kommunalen Selbstverwaltung und erklärt seine ausdrückliche Unterstützung für nachhaltige und effektive Investitionen in diesen Bereich (z.B. für Arbeitsmittel, Arbeitsplatzgestaltung und -ausstattung; Schaffung eines adressatenorientierten Angebotes zur Gesundheitsprävention...).
7. Die Verwaltung wird gebeten, bis 31.03.2012 ein externes Fachunternehmen mit einer organisationsbezogenen anonymen Mitarbeiterbefragung zu beauftragen, um konkrete Problemschwerpunkte zu erkennen und auf dieser Basis zielgerichtet Verbesserungen schaffen zu können. Die Ergebnisse sind dem Ausschuss von dem Unternehmen vorzustellen und sollen in das Maßnahmenprogramm einfließen.
8. Die Verwaltung wird aufgefordert, bis 31.05.2012 ein wirkungsvolles Maßnahmenprogramm zur Steigerung der Beschäftigtengesundheit zu entwickeln und unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Fachunternehmens dem AVR in der Sitzung im Juni 2012 vorzuschlagen. Der Rat geht davon aus, dass diese Investitionen nicht nur für die Beschäftigten, sondern auch für das Unternehmen Stadt Köln und die Kölner Bürgerinnen und Bürger mehrfach lohnen.

sichtigung der Ergebnisse und Vorschläge des Fachunternehmens dem AVR in der Sitzung im Juni 2012 vorzuschlagen. Der Ausschuss geht davon aus, dass diese Investitionen nicht nur für die Beschäftigten, sondern auch für das Unternehmen Stadt Köln und die Kölner Bürgerinnen und Bürger mehrfach lohnen.

9. Neben der Einbindung der Ergebnisse des Fachunternehmens wird die Verwaltung gebeten, im Rahmen der Erarbeitung des Maßnahmenprogramms die Erfahrungen anderer großstädtischer öffentlicher Arbeitgeber, u. a. auch die des Landschaftsverbands Rheinland sowie des Stadtwerke Konzerns Köln zu berücksichtigen und sich über Handlungsmöglichkeiten miteinander auszutauschen, diese zu bewerten und eine Vergleichbarkeit in der kommunalen Familie zu ermöglichen.
10. Der Ausschuss teilt die Auffassung der Verwaltung, dass ein Zusammenhang zwischen dem aktuellen Krankenstand und möglichen Arbeitsüberlastungen infolge zunehmender Arbeitsverdichtung und Einsparmaßnahmen im Personalbereich wahrscheinlich ist. Aus Sicht des AVR kann deshalb ein weiterer Stellenabbau nur einhergehen mit einem gleichzeitigen Aufgabenabbau oder Standardreduzierungen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen
Gesundheit der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
AN/2021/2011**

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion "Gesundheit der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - Prävention vor Reaktion" (AN/1772/2011)
AN/1850 /2011**

8.1.1 Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion vom 14.09.2011 Krankheitsbedingte Ausfallquote AN/1652/2011

Die Beantwortung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

9 Platzvergaben

9.1 1. ordnungsbehördliche Verordnung für das Offenhalten von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen 4049/2011

Herr Detjen macht darauf aufmerksam, dass die Sonntagsöffnungszeiten nicht mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und den Kirchen abgestimmt sei.

Herr Granitzka bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, Vergabe, Internationales empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat beschließt gem. § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) den Erlass der in der Anlage 1 beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an den in der Verordnung aufgeführten Tagen und Zeiten.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich gegen die Stimme der FDP-Fraktion

**9.2 Rheinuferpromenade zwischen Deutzer Brücke und Schokoladenmuseum
hier: Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt vom 12.05.2011 auf Zulassung der Veranstaltung "Büchermeile" in diesem Bereich
2998/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales vertagt die Beschlussfassung, vor Eintritt in die Tagesordnung, in die nächste Sitzung.

**9.3 Genehmigung zur Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen
Innenstadtplätzen für das 1. HJ 2012
3388/2011**

Auf Rückfrage von Frau Manderla erläutert Herr Kahlen, die Verwaltung habe ein hohes Interesse daran, nicht mit Ausnahmegenehmigungen zu arbeiten. Im Falle von spontan stattfindenden Veranstaltungen, habe sich eine intensive Beratung der Veranstalter über die Durchführung auf anderen Plätzen in der Vergangenheit bewährt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. den zentralen Innenstadtplatz Neumarkt für die Durchführung
 - der Karnevalskirmes (19.02. – 25.02.2012)
 - des Gastspieles des Zirkus Roncalli (27.02. – 24.04.2012)dem jeweiligen Veranstalter zur Verfügung zu stellen.
2. den zentralen Innenstadtplatz Rudolfplatz für die Durchführung
 - der Informationsveranstaltung „Israel-Tag“ (10.05.2012)
 - des Antikmarktes (29.06. – 02.07.2012)dem jeweiligen Veranstalter zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10 Allgemeine Vorlagen

0 Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln hier: 4. Satzung zur Änderung der Zuständigkeitsordnung

10.1 Änderung der Zuständigkeitsordnung in Bezug auf den Friedhof Melaten 2703/2011

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, Vergabe, Internationales empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat nimmt den Beschluss der Bezirksvertretung Lindenthal vom 31.01.2011 zur Änderung der Zuständigkeitsordnung in Bezug auf den Friedhof Melaten zur Kenntnis. Er lehnt eine Übertragung der Zuständigkeit auf die Bezirksvertretung wegen der über den Bezirk hinausgehenden Bedeutung des Friedhofs Melaten ab.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10.2 4. Gleichstellungsplan für Frauen und Männer 2011 - 2014 4107/2011

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, Vergabe, Internationales vertagt die Beschlussfassung auf Wunsch der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor Eintritt in die Tagesordnung in die nächste Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10.3 Fortführung des museumspädagogischen Sonderprojekts "Wallraf - Der Museumsbus" 3997/2011

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, Vergabe, Internationales verweist die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10.4 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB) Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage so-

**wie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben - Abwassergebührensatzung
3952/2011**

Frau Manderla erläutert, die CDU-Fraktion könne dieser Beschlussvorlage nicht zustimmen, die Bürgerinnen und Bürger seien bereits genug belastet und die Städtischen Gesellschaften seien in der Lage, diese Kosten aufzufangen.

Herr Granitzka bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, Vergabe, Internationales empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat der Stadt Köln

- nimmt die Gebührenbedarfsrechnung für das Jahr 2012 (Anlage 2) zustimmend zur Kenntnis,
- stimmt gemäß § 7 Abs. 2 der StEB-Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben – Abwassergebührensatzung – in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung (Anlage 3) zu.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen CDU, FDP und Pro Köln

**10.5 Klimaschutzkonzept Köln - vorgezogenes Sofortmaßnahmenprogramm
2012
3272/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, Vergabe, Internationales verweist die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.6 Hochwasserschutzzonverordnung Langel - Zündorf
1949/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, Vergabe, Internationales empfiehlt der Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat der Stadt Köln beschließt den Erlass der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Bereich der mobilen Hochwasserschutzanlagen auf dem Gebiet der Stadt Köln, Ortslage Langel – Zündorf in der Fassung der paraphierten Anlage.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.7 Hochwasserschutzzonenverordnung Westhoven
1963/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, Vergabe, Internationales empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat der Stadt Köln beschließt den Erlass der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Bereich der mobilen Hochwasserschutzanlagen auf dem Gebiet der Stadt Köln, Ortslage Westhoven in der Fassung der paraphierten Anlage.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.8 Hochwasserschutzzonenverordnung Merkenich - Langel
2253/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, Vergabe, Internationales empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat der Stadt Köln beschließt den Erlass der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Bereich der mobilen Hochwasserschutzanlagen auf dem Gebiet der Stadt Köln, Ortslage Merkenich – Langel in der Fassung der paraphierten Anlage.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.9 Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln
hier: 4. Satzung zur Änderung der Zuständigkeitsordnung
siehe TOP 10.0
1017/2011**

Herr Neubert macht deutlich, dass es seiner Fraktion nicht möglich war die Ergebnisse der Beratungen in den Bezirksvertretungen, die heute als Tischvorlage vorgelegt wurden, zu lesen und zu beraten. Er schlägt vor, die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu geben. Herr Mohr erläutert die Ergebnisse aus den Beratungen der Bezirksvertretungen und bittet um Abstimmung vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksvertretung Mühlheim. Er weist darauf hin, die vorliegende Änderung der Zuständigkeitsordnung in Bezug auf die Baumschutzsatzung beinhalte keine Einschränkungen der Rechte der Bezirksvertretungen. Zur Einbindung der Bezirke bei der Schulleiterbesetzung und in Schulkonferenzen werde dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung zeitnah eine weitere Vorlage vorgelegt. Auf Nachfrage von Herrn

Klemm ergänzt Herr Mohr, der von der Verwaltung angestrebte Zeitplan für die Vorschläge zur Stärkung der Entscheidungskompetenzen der Bezirksvertretungen sei seines Erachtens einzuhalten.

Die Verwaltung nehme die Vorstellungen der Bezirke über die Bezirksbürgermeister entgegen und prüfe diese kommunalverfassungsrechtlich. Danach werde ein Beschlussvorschlag entwickelt und dieser der Politik zur Diskussion und Entscheidung vorgelegt.

Herr Detjen schlägt vor die Bezirksbürgermeistervertretung in die nächste Sitzung des Ausschusses einzuladen.

Herr Wolter meldet für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Beratungsbedarf an und bittet um Verweisung der Vorlage ohne Votum in den Rat.

Herr Granitzka bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltungs- und Rechtsfragen, Vergabe und Internationales verweist die Beschlussvorlage ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.10 Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Dionysoshof / Baptisterium
Stellenbedarf beim Amt für Brücken und Stadtbahnbau
4156/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, Vergabe, Internationales empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat erkennt den Bedarf für eine zusätzliche Stelle Technischer Angestellter (Ingenieur/Ingenieurin) VGr. IV a/III BAT (EG 11 TVöD) für das Projekt „Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Dionysoshof / Baptisterium“ in der Abteilung Neubau des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau an. Er beschließt die befristete Stellenzusetzung zum Stellenplan 2012 und stimmt der Stellenbesetzung im Vorgriff auf den Stellenplan 2012 zu. Verwaltungsmäßig wird eine entsprechende Verrechnungsstelle zur Verfügung gestellt.

Die Finanzierung der mit der Einrichtung dieser Stelle verbundenen Personalaufwendungen in Höhe von jährlich 65.100,00 € und Sachkosten in Höhe von jährlich 19.640,00 € erfolgt durch eine Einsparung in gleicher Höhe im gleichen Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV -, TPZ 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.11 Satzung zur Erhebung von Kostenerstattungsbeträgen nach §§ 135 a - 135 c BauGB
3000/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, Vergabe, Internationales empfiehlt dem Rat, vorbehaltlich der Zustimmung des Ausschusses Umwelt und Grün, die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat beschließt die Satzung zur Erhebung von Kostenerstattungsbeträgen nach §§ 135 a – 135 c BauGB – Anlage 1 – in Anpassung der fehlerhaften Satzung vom 29.11.2000.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.12 Einführung medienübergreifender Umweltinspektionen für Industrie- und Gewerbebetriebe
2920/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, Vergabe, Internationales vertagt die Vorlage vor Eintritt in die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.13 Fortschreibung Luftreinhalteplan Köln
4348/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, Vergabe, Internationales verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.14 Verlängerung der Abordnung eines städtischen Mitarbeiters ohne Kostenerstattung an den Verein Region Köln/Bonn e.V.
4365/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, Vergabe, Internationales empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat beschließt die Verlängerung der Abordnung eines städtischen Mitarbeiters auf der Stelle „Projektmanager/in Regionale Sonderprojekte (A 11 BBO)“ beim Verein Re-

gion Köln/Bonn e.V. Die weitere Abordnung soll bis Ende 2013 erfolgen. Die Personalkosten werden wie bisher aus städtischen Mitteln übernommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.15 Umsetzung des Tarifvertrages für die Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes
3647/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, Vergabe, Internationales verweist die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt